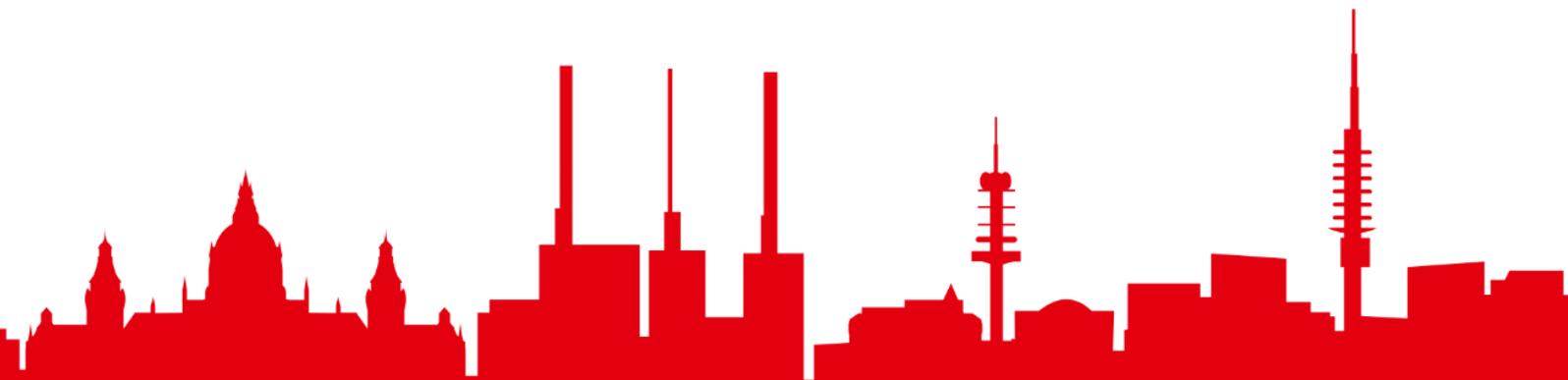


ORDENTLICHER PARTEITAG DES SPD-STADTVERBANDS HANNOVER

Samstag, 13. Januar 2024 | 10.00 bis 16.00 Uhr

Leonore-Goldschmidt-Schule
IGS Hannover-Mühlenberg

»EINE STADT FÜR ALLE«



BESCHLUSSBUCH

Antragsübersicht

Stand: 17. Januar 2024

MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION	4
LEITANTRAG	5
A 1 – Eine Stadt für alle! – Leitlinien für die SPD in der Landeshauptstadt.....	5
BAUEN UND WOHNEN (BA)	7
BA 1 – Umsetzung Wohnungsbaukonzept.....	7
BA 2 – Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes	8
BILDUNG (BI)	9
BI 1 – Masterplan Schulbau.....	9
BI 2 – Sozialindex für Schulen einführen.....	9
BI 3 – Bündelung der Demokratiebildung.....	10
KLIMASCHUTZ (KI)	11
KI 1 – Verbrennungsfreie Heizwerke in Hannover	11
KI 2 – Kapazitätsausbau der Schnellwege und Autobahnen vermeiden.....	11
KI 3 – Suffizienz	11
KI 4 – Umwidmung Gewerbeflächen zu Wohnflächen	12
KI 5 – Ressourcenschonende Bauweise fördern.....	12
KI 6 – Umbau statt Neubau	13
KI 7 – Wärmewende.....	13
KOMMUNALPOLITIK (K)	15
K 1 – Bezirksratsgremien in der Landeshauptstadt stärken	15
K 2 – Reform der Gartenordnung der Stadt Hannover für Kleingärten	15
K 3 – Stärkung der Kleingärten	16
K 4 – Zukunft des Ihmezentrums und Verantwortung der Stadtverwaltung	16
K 5 – Verstöße gegen Mietpreisüberhöhungen konsequent ahnden	17
K 6 – Behebung von Leerständen von Gewerbeimmobilien.....	17

KULTUR & SPORT (KS)	18
KS 1 – Gedenktafel für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus	18
KS 2 – Kunstrasenplätze	18
RESOLUTION (R)	19
R 1 – Klimapakt 2026:	19
Gemeinsam Hannover klimaneutral gestalten: Eine Stadt für Alle auch in Zukunft	19
R 2 – Noteinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familien dürfen niemals schließen!	25
SOZIALES (S)	27
S 1 – Armut bekämpfen – Teilhabe fördern!	27
S 2 – Mehr Stellen für städtische Sozialarbeit	28
S 3 – Keine Einsparungen in den Bereichen Soziales und Jugend	28
VERKEHR (V)	29
V 1 – Diversität und Akzeptanz sichtbar machen: Schaffung eines Regenbogen-Zebrastreifen....	29
V 2 – Vorrangschaltung für den ÖPNV sichern und optimieren	29
INITIATIVANTRÄGE (INI)	30
Ini 1 – Ehrenmitgliedschaft für Ulrike Strauch	30
Ini 2 – Dank und Anerkennung für unsere Retter:innen und Hilfsorganisationen gegen das Hochwasser in Niedersachsen	30
Ini 3 – „aufhof“ - Fortsetzung eines Erfolgsmodells	31
Ini 4 – Kulturelle Bildung stärken – trotz schwieriger Haushaltslage(n)	31
Ini 5 – Sternmarsch für die Demokratie	32

MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION

Bozdemir, Esma*	Kirchrode-Bemerode-Wülferode	
Ederhof, Reinhart	Misburg-Anderten	
Flockemann; Roman	Hannover-Südwest	
Greve, Nils	Kleefeld-Heideviertel	
Hendricks, Knud*	Linden-Limmer	<i>Initiativanträge (Ini)</i>
Kelich, Lars	Herrenhausen/Stöcken	<i>Bauen und Wohnen (BA)</i>
Martin, Sven	Groß Buchholz	
Nieder, Lars Dr.*	Vahrenwald-List	<i>Klimaschutz (KI)</i>
Ramani, Bala	Mitte	<i>Kultur & Sport (KS)</i>
Sadow, Michael*	Oststadt/Zoo	<i>Soziales (S)</i>
Schönberger, Jasmin*	List-Nord	<i>Resolution (R)</i>
Schollmeyer, Anja	Döhren-Wüffel	<i>Kommunalpolitik (K)</i>
Shabani, Merlindona	Herrenhausen/Stöcken	
Straßburger, Frank	Südstadt-Bult	<i>Verkehr (V)</i>
Walter, Melanie*	Südstadt-Bult	<i>Leitantrag, Bildung (BI)</i>
Wende, Franziska	Nordstadt	

Nach dem Statut des Stadtverbandes wählt der Stadtverbandsvorstand* aus seinen Reihen sechs Mitglieder zur Antragskommission, der Beirat im Stadtverband benennt zehn weitere Mitglieder aus dem Kreise der Delegierten aus den Ortsvereinen.

LEITANTRAG

A 1 – Eine Stadt für alle! – Leitlinien für die SPD in der Landeshauptstadt

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover, SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Die SPD in Hannover gibt sich in den kommenden Monaten in enger Abstimmung mit der SPD-
- 2 Ratsfraktion in der Landeshauptstadt Leitlinien. Die zugrunde liegenden Vorarbeiten begrüßt der
- 3 Parteitag des SPD-Stadtverbands Hannover ausdrücklich und dankt allen Beteiligten für das
- 4 bisherige Engagement.
- 5 Die von Mitgliedern des Stadtverbandesvorstandes sowie der SPD-Ratsfraktion Hannover
- 6 entwickelten Positionen sollen zu einer finalen Textfassung weiterentwickelt und auf einer
- 7 breiten Basis in den Gliederungen der SPD innerhalb der Landeshauptstadt Hannover sowie in
- 8 den Rats- und Bezirksratsfraktionen beraten werden. Die Steuerung dieses Prozesses kommt der
- 9 2023 eingerichteten Lenkungsgruppe zu. Diese Leitlinien bilden zugleich eine wegweisende
- 10 Grundlage zur Erarbeitung eines späteren Wahlprogramms für die Kommunalwahlen 2026 und
- 11 definieren die wesentlichen Positionen, das Selbstverständnis und das Miteinander innerhalb der
- 12 Sozialdemokratie sowie mit der Stadtgesellschaft in Hannover.

Eine Stadt für alle! **SPD** HANNOVER

Leitlinien der SPD Hannover



»160 Jahre Gestaltungskraft:
Gemeinsam für Hannover!«

Seit annähernd 160 Jahren gestalten wir gemeinsam mit den Menschen unser Hannover – gerecht, solidarisch und lebenswert. Sozialer Zusammenhalt, bezahlbarer Wohnraum und eine gute Infrastruktur machen Hannover lebens- und liebenswert.



»Lebendiges Hannover:
Arbeiten, Leben, Genießen – zusammen!«

Ein Hannover zum Leben, zum Arbeiten, Einkaufen und Entfalten – unsere Vision umfasst die Landeshauptstadt als dynamischen Industrie- und Wirtschafts-, Messe-, Tourismus und Wissenschaftsstandort. Unsere Mission ist es, die Lebensqualität aller Generationen in allen Stadtteilen sicherzustellen, die vielfältigen Facetten des Stadt(teil)-lebens miteinander zu verbinden und niemanden zu vergessen. Wir sind die soziale Garantie Hannovers.



»Chancengerechtigkeit durch Bildung:
Unser Einsatz für Hannovers Zukunft!«

Wir sind *die* Bildungspartei in Hannover. Unabhängig von Elternhaus oder Einkommen kämpfen wir für gleiche Chancen in allen Bildungseinrichtungen und Lernorten. Die Entwicklung unserer Kinder ist der Schlüssel für eine erfolgreiche und harmonische Gesellschaft.



»Hannover im Wandel:
Gemeinsam für Klimaneutralität!«

Hannover muss klimaneutral werden, die Energie-, Wärme- und Klimawende schaffen wir nur zusammen. Diese Aufgabe packen wir demokratisch an und beteiligen alle daran, für unsere ganze Stadt, in allen Stadtteilen; wir setzen auf Überzeugung und gemeinsame Ideen.

Unser Selbstverständnis ...

... beruht auf den im Grundgesetz formulierten Grundrechten und den Grundwerten der Sozialdemokratie. Wir stehen unumstößlich für soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Nachhaltigkeit, Solidarität, Frieden und internationale Verständigung. Wir leben Demokratie, indem wir unsere Entscheidungen offen, transparent und partizipativ treffen, innerparteiliche Vielfalt fördern und Solidarität leben.



»Mobilität für alle:
Hannovers Wege der Zukunft!«

Unsere Innenstadt betrachten wir als ein (über-)regionales Oberzentrum, das wir emissionsfrei gestalten. Wir ebnen den Vorrang für Fußgänger:innen und den öffentlichen Nahverkehr; wir ermöglichen Mobilität für alle – barrierefrei, erschwinglich und im Einklang mit dem demografischen Wandel sowie dem Klimaschutz.



»Vielfältiges Hannover:
Kultur, Sport und Engagement für alle!«

Hannover lebt vom zivilgesellschaftlichen Engagement, kultureller Vielfalt und Sport; denn diese bereichern unsere Stadt und verdienen unser aller Unterstützung. Hass, Gewalt, Diskriminierung und Antisemitismus haben keinen Platz in unserer Stadt für alle!



»Weltverantwortung und Friedensstadt:
Hannover in Toleranz und Solidarität!«

Hannover ist für uns eine herausragende Friedensstadt, geprägt von Internationalität, Toleranz und Weltoffenheit. Unsere Stadt steht für Solidarität, Respekt und Demokratie – eine Stadt, die sich weltweit für Verantwortung und Frieden einsetzt.

BAUEN UND WOHNEN (BA)

BA 1 – Umsetzung Wohnungsbaukonzept

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Vahrenwald-List, SPD-Ortsverein List-Nord

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich gegenüber der Verwaltung der Landeshauptstadt ein,
2 folgende Punkte zu berücksichtigen, um die vom Rat der Landeshauptstadt
3 beschlossenen Wohnungsbaukonzepte sozial verträglich und ökologisch nachhaltig
4 umzusetzen:
- 5 1. Keine Bebauung von Freiflächen, deren Bebauung negative Wirkungen auf das
6 Mikroklima zur Folge hätte oder die zur Verbesserung urbaner Strukturen für kleine
7 Stadtplätze o.ä. gut geeignet sind.
 - 8 2. Keine Abstriche an den klimapolitischen Zielen der Landeshauptstadt.
 - 9 3. Den unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten (insbesondere den ökonomischen)
10 der verschiedenen Akteur:innen (Grundstückseigentümer:innen, Wohnungs-
11 unternehmer:innen, Wohnungsgenossenschaften), die die wohnungspolitischen
12 Ziele der LHH umsetzen sollen, ist Rechnung zu tragen, z.B. durch spezifische
13 planungsrechtliche Festlegungen oder Befreiungen oder bei Förderrichtlinien.
 - 14 4. Zur Orientierung der Akteur:innen und deren Motivation ist
 - 15 a. Eine quantifizierte – rechnerische – Bedarfsanalyse nach Wohnungsgrößen und
16 Wohnungstypen und Investor:innengruppen, sowie sozialen Bedarfsgruppen
17 unter Berücksichtigung der regionalen Wohnungsmarktentwicklung umgehend
18 vorzulegen.
 - 19 b. Eine differenzierte Potentialanalyse, auf welchen planungsrechtlich verfüg-
20 baren Flächen der Bedarf realisiert werden könnte und auf welchen Flächen
21 zusätzlich Planungsrecht geschaffen werden müsste, jeweils in Jahresscheiben.
 - 22 5. In Abstimmung mit der Wohnungswirtschaft ist darauf aufbauend ein
23 „Kommunales Maßnahmenprogramm Wohnen in Hannover“ zu entwickeln. Als
24 Ergebnis einer „wachsenden Stadt“ sollten die Möglichkeiten der „Region Hannover“
25 genutzt werden, damit die Stadtfläche nicht immer weiter verdichtet werden muss,
26 sondern Flächen für Wohnungsbau auch jenseits der Stadtgrenze nutzbar gemacht
27 werden. Dazu sind Kooperationen mit den Umlandgemeinden und der Region

- 28 einzugehen. Die Flächenpotenziale, die ermittelt werden, sollen in das Wohnkonzept
29 2035 der Landeshauptstadt Hannover eingearbeitet werden.
- 30 6. Das Land Niedersachsen aufzufordern, ein den derzeitigen Erfordernissen
31 angepasstes sozial orientiertes Wohnraumförderprogramm aufzulegen.
- 32 7. Das Land ist aufzufordern, die Niedersächsische Bauordnung auf überflüssige
33 Kostentreiber zu entschlacken. Relevante Standards (Brandschutz, Inklusion, ...) sind
34 zu erhalten.
- 35 8. Die Stadt Hannover legt umgehend ein eigenes kommunales
36 Wohnraumförderprogramm auf der Grundlage der o.a. Punkte und an die aktuelle
37 Lage angepasst auf. Der Schwerpunkt liegt auf der Schaffung von Wohnraum für
38 Gering- und „Normalverdiener:innen“. Wohnungsgenossenschaften und gemein-
39 nützige Unternehmen sind besonders zu fördern. Die Förderung ist mit der
40 Förderung von klimafreundlichem Bauen (Neubau und Bestand)
41 zusammenzuführen. Bei der Neuschaffung von Wohnraum sind Maßnahmen, die
42 keine zusätzlichen Flächen versiegeln, besonders zu fördern, insbesondere die
43 Umnutzung von leerstehenden Büro-, Retail- und Gewerbeflächen. Der
44 Beschlussfassung über das Förderprogramm ist eine Stellungnahme der ARGWO
45 und des Verbandes der Wohnungswirtschaft Niedersachsen beizufügen.

1

BA 2 – Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Empfehlung der AK: Nichtbefassung

Status: Nicht befasst

1 Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes

2 Das Niedersächsische Straßengesetz (NStrG) wird in §52 – Straßenreinigung – wie folgt
3 geändert:

4 (1) Die Straßen innerhalb der geschlossenen Ortslage einschließlich der
5 Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind zu reinigen. [...] In
6 diesem Rahmen gehört zur Reinigung auch:

7 3. bei Glätte das Bestreuen der Gehwege, Fußgängerüberwege und der gefährlichen
8 Straßen [bisher: Fahrbahnstellen] mit nicht unbedeutendem Verkehr ...

BILDUNG (BI)

BI 1 – Masterplan Schulbau

Antragsteller:in: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich gegenüber der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt
- 2 Hannover ein, einen Masterplan für alle Schulgebäude zu entwickeln. Dazu sollen
- 3 Sanierungs- und Neubaubedarfe systematisch erfasst und kriteriengeleitet in ein
- 4 transparent kommuniziertes Ranking der Umsetzung überführt werden. Die
- 5 transparenten Kriterien sind in einem Beteiligungsprozess qualitativ und quantitativ zu
- 6 entwickeln. Dabei sollen bauliche und soziale, sowie pädagogische und städtebauliche
- 7 Erfordernisse im Stadtteil ganzheitlich miteinander verzahnt werden.

BI 2 – Sozialindex für Schulen einführen

Antragsteller:in: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich gegenüber der kommunalen Verwaltung der Landeshauptstadt
- 2 Hannover ein, mit Hilfe einer wissenschaftlichen Erarbeitung geeignete schulscharfe
- 3 Sozialindikatoren zur ermitteln, einen sogenannten Sozialindex, nach denen kommunale
- 4 Ressourcen verteilt werden können. Dazu gehört auch, einen Vorschlag für einen Verteilschlüssel
- 5 zu erarbeiten aufgrund dessen u.a. Ressourcen transparent und kriteriengeleitet verteilt werden
- 6 können. Der Sozialindex soll in regelmäßigen Abständen überprüft werden.

BI 3 – Bündelung der Demokratiebildung

Antragsteller:in: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Zur Verstärkung und Bündelung der Demokratiebildung in den Schulen und
- 2 Kindertagesstätten der Landeshauptstadt Hannover soll eine zentrale Anlaufstelle alle
- 3 dazu gehörigen Aktivitäten, Projekte, Maßnahmen und Beratung bündeln. Hier sollen
- 4 alle Akteure in der Bildung beraten und Maßnahmen initiiert werden.
- 5 Demokratiebildung umfasst dabei Wertevermittlung, Antidiskriminierung,
- 6 Gewaltprävention, Antisemitismus, politische Bildung, Bildung für nachhaltige
- 7 Entwicklung und Teilhabeprojekte, die bisher an unterschiedlichen Stellen in der
- 8 kommunalen Verwaltung verortet sind.

KLIMASCHUTZ (KI)

KI 1 – Verbrennungsfreie Heizwerke in Hannover

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion möge gegenüber der Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover als
- 2 größtem Anteilseigner der enercity AG darauf hinwirken, dass nach der Umsetzung des
- 3 Kohleausstiegs durch die enercity AG die Strategie des Unternehmens sukzessive
- 4 weiterentwickelt wird, um verstärkt Nicht-Verbrennungstechnologien wie Großwärmepumpen,
- 5 Geothermie und Solarthermie einzusetzen. Verbrennungsbasierte Heizwerke (Biomasse/Altholz,
- 6 Müll) sollen auf diese Weise langfristig möglichst ersetzt werden.

KI 2 – Kapazitätsausbau der Schnellwege und Autobahnen vermeiden

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass bei künftigen Stellungnahmen der
- 2 Landeshauptstadt Hannover im Rahmen von Planfeststellungsverfahren zu den sanierungs-
- 3 bedürftigen Schnellwegen sowohl die Aspekte der Verkehrssicherheit, Nachhaltigkeit als auch der
- 4 stadtverträgliche Umbau fokussiert werden. Auf diese Weise soll in der Stellungnahme von Seiten
- 5 der Landeshauptstadt sichergestellt werden, dass Hannover deutlich erklärt, dass es im Interesse
- 6 der Kommune ist, Um- und Ausbauten der Schnellwege, Bundesstraßen und Autobahnen auf das
- 7 notwendige Maß zu reduzieren.

KI 3 – Suffizienz

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover; UB-Parteitag

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Die SPD Hannover setzt sich dafür ein, dass die Klimaschutzagentur Hannover den Auftrag erhält,
- 2 die Bürger:innen und Stakeholder der Wohnungswirtschaft Hannovers über das klimarelevante
- 3 Thema Suffizienz bei der Nutzung und Bereitstellung von Wohnraum aufzuklären und
- 4 dahingehende gesellschaftliche Initiativen zu fördern.
- 5 Zur Ermöglichung von effizienterer Wohnraumnutzung in Hinblick auf Flächen- und
- 6 Energieverbrauch, Etablierung neuer Wohnformen und Nutzungsoptimierung von bestehendem
- 7 Wohnraum sollen Mittel für Personal sowie ein Budget für entsprechende Öffentlichkeitsarbeit
- 8 und Fördermaßnahmen bereitgestellt werden.

KI 4 – Umwidmung Gewerbeflächen zu Wohnflächen

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion Hannover möge sich dafür einsetzen, dass die Umwidmung von
- 2 ungenutzten Gewerbeflächen zu Wohnflächen oder Mischformen durch die öffentliche Hand
- 3 oder private Investoren dann erleichtert wird, wenn das städtebauliche Umfeld und das
- 4 vorgestellte Projekt / Konzept dazu passen. Hierbei sollen insbesondere die Potenziale von nicht
- 5 mehr benötigter Bürofläche in Augenschein genommen werden. Steht der Umwidmung der
- 6 betrachteten Fläche die mögliche Ansiedlung eines Unternehmens entgegen, wird der Ansiedlung
- 7 Priorität eingeräumt und von einer Umwidmung Abstand genommen.

KI 5 – Ressourcenschonende Bauweise fördern

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung AG Bau der SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Die SPD-Ratsfraktion Hannover möge sich gegenüber der Verwaltung der Landeshauptstadt dafür
- 2 einsetzen, damit in der Landeshauptstadt Anreize für die Bauwirtschaft geschaffen werden, um
- 3 eine umweltbewusste Bauweise zu fördern und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Es sollten etwa
- 4 bei den Antragsverfahren geeignete Maßnahmen ergriffen werden, damit die Bauwirtschaft
- 5 nachhaltige Baustoffe und Methoden nutzt, um eine klimafreundliche und ressourcenschonende
- 6 Bauweise zu gewährleisten.

KI 6 – Umbau statt Neubau

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion Hannover möge sich dafür einsetzen, dass die Landeshauptstadt bei
- 2 Bestandsimmobilien, die zum Umbau oder Abriss und Neubau vorgesehen sind, grundsätzlich den
- 3 Umbau vorzieht. Sollte dennoch ein Abriss und Neubau zum Tragen kommen, sollte aus
- 4 städtebaulicher Sicht die Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen. Auf diese Dinge soll ein neuer
- 5 Schwerpunkt bei Planungsphasen und Instandhaltung gelegt werden, um eine möglichst lange
- 6 Nutzungszeit von Gebäuden zu ermöglichen.

KI 7 – Wärmewende

Antragsteller:in: SPD-Ortsvereine List-Nord und SPD-Ortsverein Vahrenwald-List

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Landeshauptstadt die beschleunigte
- 2 Dekarbonisierung der Erzeugung von Heizungswärme fördert und von warmem Wasser
- 3 in privaten Haushalten, Gewerbe, durch
- 4 a. Unterstützung von enercity in den Bereichen der Stadt, in den alternative
- 5 klimaneutrale Energieerzeugungssysteme wie Wärmepumpen (unterschiedlicher
- 6 Art) voraussichtlich aus Gründen der Bebauungsstruktur nicht zum Tragen kommen
- 7 werden, beim Ausbau des Fernwärmenetzes in den Straßen, in denen der Wunsch
- 8 nach einem Anschluss besteht, aber die betriebswirtschaftlich gewünschte
- 9 Anschlussquote nicht zustande kommt. Die Stadt unterstützt enercity bei der
- 10 Terminplanung für den straßenweisen Ausbau dieses Basisnetzes, damit
- 11 sichergestellt ist, dass nicht ganze Quartiere für die Bewohner nicht erreichbar sind
- 12 – und natürlich aus wirtschaftlichen Gründen.
- 13 b. Unterstützung von enercity (ggf. durch Satzungsänderung), damit enercity ihre
- 14 Funktion als kommunaler Versorger mit klimaneutraler und preiswerter Energie für
- 15 die Bürgerinnen und Bürger Hannovers und des Gewerbes vorrangig nachkommen
- 16 kann.
- 17 c. Dazu legt die städtische Tochtergesellschaft enercity umgehend ein unter diesen

- 18 Gesichtspunkten optimiertes Fernwärmeausbaunetz (unter Einbeziehung der dafür
19 erforderlichen Erzeugungskapazitäten), für die Bereitstellung möglichst preiswerter
20 Fernwärme. Dieses Basisnetz soll bis zum Herbst 2024 vorgelegt werden.
- 21 d. Stadt und enercity suchen gemeinsam nach Lösungen, um Immobilieneigentümern
22 die Finanzierung von Fernwärmeanschlüssen zu erleichtern (z. B. Stundung, günstige
23 Ratenzahlung, etc.)
- 24 2. Die Stadt Hannover fördert die Dekarbonisierung im Stadtgebiet in den Bereichen
25 (unabhängig vom derzeitigen Fernwärmeausbausetzungsgebiet), in denen aufgrund
26 der Bebauungsstruktur Alternativen zum Fernwärmeanschluss sinnvoll sind, die
27 GrundstückseigentümerInnen und die MieterInnen bei der Schaffung dazu
28 alternativer Wärmeversorgung durch aktive Unterstützung bei der Planung und der
29 Realisierung, um die Belastung der MieterInnen niedrig zu halten und die
30 Mitwirkungsbereitschaft zu erhöhen.
- 31 a. Insbesondere bei der Schaffung von Nahwärmelösungen, auch mit Erteilung der
32 notwendigen Genehmigungen (u.a., wenn für eine wirtschaftlich sinnvolle
33 Quartierslösung ggf. Straßen unterquert werden müssen)
- 34 b. Bei der Gründung von quartiersbezogenen Energieversorgungsgenossenschaften
- 35 c. Bei der Bündelung unterschiedlicher Fördermöglichkeiten (insbesondere bei der
36 Kombination mit Modernisierungsmaßnahmen)
- 37 d. Soweit aufgrund kontraproduktiver rechtlicher Regelungen Probleme bei der
38 Umsetzung dieser Ziele bestehen, wird die Stadt bei den jeweiligen Regelungsgebern
39 bzgl. einer Anpassung initiativ.
- 40 3. Die Stadt unterstützt Immobilieneigentümer:innen bei der Schaffung von
41 Solaranlagen durch geeignete bürokratische Unterstützung und beschleunigte
42 Genehmigungsverfahren. enercity bemüht sich um beschleunigte Netzanschlüsse.

KOMMUNALPOLITIK (K)

K 1 – Bezirksratsgremien in der Landeshauptstadt stärken

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein List-Nord, SPD-Ortsverein Vahrenwald-List

Weiterleitung: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover, SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 1. Der Stadtverband der SPD Hannover bekennt sich uneingeschränkt zu seinen 13
- 2 Bezirksratsgremien als kleinste politische Einheit und wird auch in Zukunft nicht
- 3 dazu beitragen, diese in ihrer Anzahl oder Größe zu reduzieren.
- 4 2. Der Stadtverband setzt sich bei seinen Ratsmitgliedern dafür ein, dass die im
- 5 Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2023/2024 gekürzten „eigenen Mittel“
- 6 mittelfristig mindestens wieder auf die ursprünglichen Höhe des Jahres 2023
- 7 zurückgeführt werden, um Vereine und Verbände vor Ort wieder zu stärken. Diese
- 8 Maßnahme zielt auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die
- 9 Unterstützung der lokalen Gemeinschaften ab.

K 2 – Reform der Gartenordnung der Stadt Hannover für Kleingärten

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein List-Nord

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Zurückgezogen

- 1 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, einen Antrag zur Änderung der Kleingartenordnung
- 2 in den Rat einzubringen, um mehr biologische Vielfalt und einen größeren Beitrag für
- 3 Artenvielfalt in den Kleingartenanlagen zu ermöglichen.

K 3 – Stärkung der Kleingärten

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Vahrenwald-List, SPD-Ortsverein Ortsverein List-Nord

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Die SPD der Landeshauptstadt Hannover setzt sich für eine Stärkung des
2 Kleingartengedankens ein und fordert seine Mandatsträger:innen im Rat und in den
3 Bezirksräten auf:
- 4 1. Erhalt von Kleingartenanlagen als Grünflächen in Stadtentwicklungsplänen und in
5 der Flächennutzungsplanung. Kleingärten dienen nicht als Bauerwartungsland.
6 Bestehende Anlagen sollten nicht umgewandelt oder reduziert werden, sondern
7 erhalten und, (falls notwendig) wenn möglich, erweitert werden.
 - 8 2. Förderung von nachhaltiger Kleingartenbewirtschaftung durch Unterstützung der
9 Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in Form von Zuschüssen, Beratungsangeboten
10 und Schulungen, um ökologisches Bewusstsein zu stärken.
 - 11 3. Aktive Unterstützung und Förderung des Projektes „Lerngartennetzwerk“, um
12 Kooperationen von Kleingartenvereinen und Kindertagesstätten zu forcieren.

K 4 – Zukunft des Ihmezentrums und Verantwortung der Stadtverwaltung

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, die Verwaltung der Landeshauptstadt
2 nachhaltig aufzufordern, ein Konzept zu entwickeln, wie die privaten Eigentümer des
3 Ihmezentrums bewegt werden können, dass es saniert und wiederbelebt werden kann,
4 die über 50 freistehenden Wohnungen schnellstmöglich belegt und eine hinreichende
5 Beleuchtung und Sicherheit im gesamten Komplex sichergestellt werden können.
6 Insbesondere sind dabei die Belange und Sorgen der weiteren Miteigentümer zu

7 berücksichtigen.

K 5 – Verstöße gegen Mietpreisüberhöhungen konsequent ahnden

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, die Verwaltung der Landeshauptstadt
- 2 aufzufordern, ein Konzept zu entwickeln, dass – ähnlich wie die Stadt Frankfurt am Main
- 3 – Stellen zur Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen geschaffen werden, die Verstöße
- 4 gegen § 5 WiStrG wegen Mietpreisüberhöhungen nachhaltig verfolgen und mit Buß-
- 5 geldern von bis zu 50.000,- € ahnden.

K 6 – Behebung von Leerständen von Gewerbeimmobilien

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD Hannover bittet die SPD-Ratsfraktion, die Verwaltung der Landeshauptstadt
- 2 nachhaltig aufzufordern, ein Konzept zu entwickeln, wie die privaten Eigentümer von
- 3 leerstehenden Gewerbeimmobilien wie etwa dem Karstadt-Haupthaus in der Georg-
- 4 straße notfalls mit (bau-)ordnungs- oder abgaberechtlichen Maßnahmen bewegt
- 5 werden können, diese Immobilien einer sinnvollen Nutzung wieder zuzuführen und den
- 6 Leerstand zu beenden, ggf. unter teilweiser Umwandlung in Wohnraum.

KULTUR & SPORT (KS)

KS 1 – Gedenktafel für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Mitte

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Der Stadtverbandsparteitag der SPD Hannover fordert die SPD-Fraktion im Rat der
- 2 Landeshauptstadt Hannover auf, sich für eine Gedenktafel für die homosexuellen Opfer
- 3 des Nationalsozialismus einzusetzen.

KS 2 – Kunstrasenplätze

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover wird aufgefordert, eine
- 2 Beschlussfassung des Rates über die Aufsetzung eines Programms zum Ausbau von
- 3 Kunstrasenplätzen auf den städtischen Bezirkssportanlagen herbeizuführen.

RESOLUTION (R)

R 1 – Klimapakt 2026:

Gemeinsam Hannover klimaneutral gestalten:
Eine Stadt für Alle auch in Zukunft

Antragsteller:in: AK Nachhaltigkeit*

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Hannover ist auf dem Weg zur klimaneutralen und klimaangepassten Stadt.
2 Klimaneutralität bedeutet den Ersatz fossiler Verbrennung durch den Umstieg auf
3 andere, saubere Technologien, sowie eine Reduzierung des Bedarfs durch effizientere
4 Nutzung. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen dabei stets gewährleistet
5 werden, dazu muss insbesondere die Energie-Infrastruktur angepasst werden.
6 Klimaanpassung oder Resilienz bedeutet, dass wir Hannover an die nicht mehr
7 vermeidbaren Veränderungen anpassen, aber auch Vorsorge treffen vor zwangsläufig
8 auftretenden Extremwetterereignissen.
- 9 Klimaneutralität und Klimaanpassung bis 2035 sind für die SPD Hannover die erklärten
10 Ziele. Im Jahr 2021 haben wir mit dem Klimapaket “Mission Hannover 2035 –
11 Klimaschutz auf Sozialdemokratisch” eine Planskizze erstellt, um diese gemeinsamen
12 Ziele sozial ausgewogen, finanzierbar und für Alle erreichbar zu machen. Im Folgenden
13 beschreiben wir acht größere Projekte aus der Mission Hannover 2035, die wir noch in
14 dieser Ratsperiode, bis 2026 anstoßen wollen:
- 15 (a) Kommunale Wärmeplanung: Planbarkeit für bezahlbares Heizen
 - 16 (b) Photovoltaik: Teilhabe an der Energiewende
 - 17 (c) Elektromobilität: Laden ohne eigenen Parkplatz
 - 18 (d) Intelligente Stromnetze: Infrastruktur für die Zukunft
 - 19 (e) Wassermanagement: Ein kostbares Gut schützen und Risiken abfedern
 - 20 (f) Klimaanpassung: Naturflächen zur Erholung
 - 21 (g) Licht, Lärm & Luftschadstoffe: Für den Schutz der Gesundheit aller
 - 22 (h) Bus & Bahn: Gemeinsam mobil
- 23 Die notwendigen Veränderungen wollen wir durch breite Beteiligung der
24 Stadtgesellschaft demokratisch legitimieren. Gemeinsam finden wir Lösungen für eine

25 gemeinsame Zukunft. Kein größeres Ziel einer Kommune und keine Weiterentwicklung
26 in irgendeinem Themenfeld kann ohne die Rückendeckung der Stadtgesellschaft
27 gelingen. Daher ist transparente, ständige und vor allem aktive Beteiligung die
28 Grundlage der sozialökologischen Gestaltung unserer Stadt. Neben der breiten
29 Beteiligung der Stadtgesellschaft werden wir die lokale Ökonomie in den gesamten
30 Prozess mit einbinden und uns gemeinsam zu klaren Zielen und Maßnahmen
31 verständigen.

32 Wir denken die Transformation zur klimaneutralen Stadt: sozial, ökologisch und
33 ökonomisch. Eine Stadt für Alle von Allen!

34 Kommunale Wärmeplanung: Planbarkeit für bezahlbares Heizen

35 Fernwärmenetze und Nahwärmenetze bieten insbesondere in dicht bebauten Gebieten
36 mit Mehrfamilienhäusern die Möglichkeit, die Wärmeversorgung effizient zu gestalten.
37 In Hannover haben wir als SPD frühzeitig darauf gedrängt, dass eine Analyse
38 vorgenommen werden soll, welche Potenziale und Bedarfe in welchen Stadtbezirken
39 bestehen. Auf dieser Basis soll eine kommunale Wärmeplanung ausgearbeitet werden.
40 Dabei setzen wir die Prioritäten Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und
41 Klimaneutralität.

42 Insbesondere in den letzten Jahren gab es viel Verunsicherung bei den Preisen und der
43 Versorgungssicherheit mit fossilen Brennstoffen und das wird auch in Zukunft nicht
44 weniger werden. Steigende CO₂-Preise und das Versiegen von Ressourcenquellen
45 werden diesen Trend noch verschärfen. Daher ist es richtig, dass Hannover sich
46 vorausschauend auf den Weg zur sicheren, klimaneutralen Wärmeversorgung gemacht
47 hat. Der Umstieg muss jedoch sozial verträglich und leistbar sein. Grundvoraussetzung
48 dafür ist langfristige Planbarkeit und Transparenz bei den Wärme-Optionen.

49 Eine große Verantwortung liegt hier bei den Eigentümer:innen und der
50 Wohnungswirtschaft, daher schlagen wir einen kontinuierlichen runden Tisch mit
51 diesen, Enercity als Netzbetreiberin und Versorgerin, sowie weiteren Verbänden wie dem
52 Mieterbund vor. Planungssicherheit ist dabei für Eigentümer:innen und
53 Wohnungsunternehmen ein zentraler Bestandteil. Es muss einen klaren Zeitplan für den
54 Wärmenetz-Ausbau geben. Neben dem beschleunigten Ausbau eines Kernnetzes
55 bleiben Alternativen weiterhin möglich; insbesondere in weniger verdichteten Gebieten
56 muss der Anschluss von Wärmepumpen und weiteren Energieträgern problemlos
57 möglich sein. Weiterhin wollen wir mit der lokalen Ökonomie mögliche Nahwärme-
58 Netze prüfen und erarbeiten.

59 Photovoltaik: Teilhabe an der Energiewende

60 Solarstrom ist die dezentralste und basisdemokratischste Form, um an der Energiewende
61 teilzuhaben. Der Ausbau der Solarenergie ist im überragenden öffentlichen Interesse
62 und dient der öffentlichen Sicherheit. Für Menschen in einer Großstadt, die zur Miete

63 wohnen oder keine größeren finanziellen Reserven haben, ist es trotzdem nicht einfach,
64 sich daran zu beteiligen und zu profitieren.

65 Als SPD setzen wir uns insbesondere für Mieterstrom-Modelle und Balkon-Anlagen ein,
66 damit möglichst viele Menschen profitieren können. Informationsmöglichkeiten dazu
67 werden wir ausbauen und ein entsprechendes Förderprogramm anstoßen. Auch
68 Schuldächer oder Gebäude von gemeinnützigen Ein-richtungen und Vereinen sollten
69 weitestgehend in den nächsten Jahren mit Photovoltaik ausgestattet werden; denn
70 gerade hier bieten sich vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung. Neben den dezentralen
71 Möglichkeiten wollen wir Unternehmen und Einrichtungen besonders motivieren, ihre
72 Dächer mit Photovoltaik auszustatten.

73 Wir werden die Verwaltung damit beauftragen, eine “Strategie für den beschleunigten
74 Ausbau der Solarenergie” zu erarbeiten, die insbesondere die vielfältigen
75 Beteiligungsmöglichkeiten in den Blick nimmt und den Ausbau hier vor Ort erleichtert
76 und fördert. Die Kreativität und Teilhabe der Stadtgesellschaft, sowie der Einrichtungen
77 und Unternehmen bieten gewaltige Potenziale, die es zu heben gilt.

78 Elektromobilität: Laden ohne eigenen Parkplatz

79 Das Elektroauto wird ein Teil des Mobilitätsmixes der Zukunft sein und Hannover wird
80 zur Stadt der E-Mobilität. Dabei stehen Großstädte wie Hannover allerdings vor
81 besonderen Herausforderungen beim Umstieg auf E-Mobilität, da die Mieter:innen ihre
82 Autos oft nicht einfach bei Bedarf im heimischen Carport laden können. In Hannover
83 wurden die öffentlichen Ladepunkte daher verstärkt ausgebaut.

84 Wir werden von der Verwaltung eine “Strategie zum weiteren Ausbau der
85 Ladeinfrastruktur” erarbeiten lassen, um die Anzahl der Ladepunkte schnell noch weiter
86 zu erhöhen. Bis zum Jahr 2030 halten wir 10.000 Ladepunkte für notwendig. Dabei
87 achten wir darauf, dass diese Punkte angemessen über alle Stadtbezirke und auf Normal-
88 und Schnell-Ladepunkte aufgeteilt sind. Es muss möglich sein, einfach und ohne größere
89 Komplikationen während der Nacht langsam oder während des Einkaufs schnell zu
90 laden. Deshalb werden wir auch auf den Handel zugehen, um in Kombination mit dem
91 Photovoltaik-Ausbau Parkflächen stärker zu nutzen.

92 In einem zweiten Schritt werden wir Wirtschaftsverkehre, Taxifahrten und Transporte in
93 den Blick nehmen. Dazu werden wir mit den Know-How-Trägern vor Ort einen runden
94 Tisch initiieren, um kreative und vor allem zukunftsgerichtete Ideen zu entwickeln.
95 Hierbei stehen auch alternative Fortbewegungsmittel wie autonome Elektrotaxis im
96 Fokus. Gemeinsam mit Unternehmen werden wir Lösungen finden, um alle Fahrzeuge
97 auf klimaneutrale Antriebe umzustellen. Die Verwaltung geht bei der Umstellung
98 selbstverständlich voran.

99 Intelligente Stromnetze: Infrastruktur für die Zukunft

100 Der Umbau unseres Energiesystems in Richtung Klimaneutralität geht auch mit neuen

101 Herausforderungen für das Stromsystem einher. Die steigende Zahl von
102 Photovoltaikanlagen, Elektroherden, Wärmepumpen und Elektroautos erhöht sowohl
103 den Gesamtstromverbrauch als auch die Spitzenlast und erfordert eine Anpassung der
104 Netze.

105 Für die Bürger:innen, Unternehmen und soziale Träger ist es essentiell, dass sie neue
106 Stromverbraucher und -erzeuger wie Wärmepumpen oder Photovoltaikanlagen auch
107 zeitnah anschließen können. Die lokalen Verteilnetze müssen daher schon heute
108 schnellstmöglich für den Bedarf von morgen ausgebaut werden. Dies ist nicht nur für die
109 Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Hannover wichtig, sondern auch für private
110 Investitionen.

111 Wir fordern einen komplementären Ausbau der Stromnetze zu den Wärmenetzen; dabei
112 sollten, wo immer möglich, Synergieeffekte beim Ausbau beider Netze genutzt werden,
113 um Geld, aber auch Nerven der Anwohner:innen zu schonen. Durch intelligente und
114 leistungsfähige Netze, den effizienten Einsatz von (Haus-)Speichern und
115 Ladeinfrastruktur sowie klimaneutrale Kraftwerke werden wir die Versorgungssicherheit
116 auch in Zukunft gewährleisten.

117 Wassermanagement: Ein kostbares Gut schützen und Risiken abfedern

118 Der Klimawandel äußert sich bereits jetzt in einer Zunahme von Starkregen auf der einen
119 und längeren Dürre- und Hitzephasen auf der anderen Seite. Anpassungsmaßnahmen
120 müssen also beide Arten von Extremereignissen in den Blick nehmen. Durch
121 vorsorgenden und baulichen Hochwasserschutz sowie die Angebote zur
122 Starkregenvorsorge ist die Landeshauptstadt Hannover hier bereits sehr aktiv.

123 Der nächste Schritt ist die Kombination von Hochwasserschutz und Erhöhung von
124 Dürresilienz durch die flächendeckende Anwendung des sogenannten
125 Schwammstadt-Ansatzes. Anfallendes Niederschlagswasser wird dabei gezielt in den
126 Untergrund geleitet, um die Grund- und Bodenwasserspeicher anzureichern. Eine
127 zentrale Rolle werden hier die zahlreichen und durch Dürre bereits geschädigten Grün-
128 und Waldflächen in der Landeshauptstadt spielen.

129 Gleichzeitig werden wir die Entsiegelung vorantreiben und neue Flächen bepflanzen,
130 auch um Höchsttemperaturen zu reduzieren. Insbesondere Mieter:innen haben in der
131 Regel keine Möglichkeit, in Tropennächten durch Klimaanlage Abhilfe zu schaffen,
132 profitieren aber von Frischluftschneisen und geringeren Höchsttemperaturen. Dabei
133 werden wir die Priorität auf stark verdichtete, von Hitze und Starkregen besonders
134 betroffene Quartiere legen. Zur Wassereinsparung sollten die Bewässerung von Grün-
135 flächen und Parkanlagen möglichst effizient gestaltet werden und hierfür die
136 Erkenntnisse aus dem städtischen Modellprojekt zur sensorunterstützten Bewässerung
137 genutzt werden.

138 Klimaanpassung: Naturflächen zur Erholung

139 Naturbewusstsein entsteht durch Kontakt mit der Natur und Kontakt zur Natur wirkt
140 sich nachweislich positiv auf die Gesundheit von Menschen aus. Wir wollen vorhandene
141 Grünflächen in allen Quartieren für alle bestmöglich erlebbar machen und so viele neue
142 Grün- und Wasserflächen wie möglich schaffen. Dabei priorisieren wir Stadtgebiete mit
143 hohem Entwicklungspotential, da diese in der Regel stärker von Klimafolgen betroffen
144 sein werden. Wir orientieren uns dabei an bereits erfolgreich getesteten Projekten wie
145 Pocket Parks, Urban Gardening bzw. urbaner Landwirtschaft (insbesondere auf Dächern),
146 sowie generell der Begrünung von Dächern und Fassaden und unterstützen
147 gemeinschaftliche Projekte wie die solidarische Landwirtschaft und verstärkten
148 Direktvertrieb in Hannover.

149 Die knapp 20.000 Kleingärten in Hannover sind ein wesentlicher Bestandteil des
150 Stadtgrüns, die sich positiv auf das Stadtklima auswirken und vielen Menschen ohne
151 eigenen Garten den Kontakt zur Natur ermöglichen. Wir setzen uns für Ihren Erhalt und
152 Ausbau im Zuge der wachsenden Stadt ein. Die Anlage von Streuobstwiesen und
153 Nussbäumen fördern wir weiterhin und setzen uns für eine nachhaltige Pflege aller
154 Grünflächen im Stadtgebiet ein. Gerade bei neuen Bauvorhaben wird der Erhalt alten
155 Baumbestands vorrangig vor Ersatzpflanzungen behandelt und der Schutz
156 einheimischer Flora und Fauna von Beginn an berücksichtigt. Dazu wird - soweit nötig -
157 die Bauleitplanung der Stadt angepasst. Auch das Schaffen von Schattenplätzen und
158 Trinkwasserspendern gehört zu diesen Anpassungsmaßnahmen.

159 Für uns bedeutet Klimaanpassung eine gemeinschaftliche Anstrengung, die wir mit
160 einem breiten Teil der Stadtgesellschaft umsetzen wollen. Dazu werden wir
161 Fördermöglichkeiten möglichst niedrigschwellig veröffentlichen und bewerben und
162 wollen entsprechende Projekte in enger Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen,
163 Kindertagesstätten, Schulen und Senioreneinrichtungen, aber auch mit den
164 Verwaltungsorganen der Stadt selbst, den in der Stadt ansässigen Ministerien des Landes
165 Niedersachsen und lokalen Unternehmen durchführen.

166 Licht, Lärm & Luftschadstoffe: Für den Schutz der Gesundheit aller

167 Die Lautstärke und künstliches Licht bei Nacht, die in Städten allgegenwärtig sind, haben
168 direkte Auswirkungen auf Insekten und Tiere, aber auch auf die Gesundheit der
169 Menschen. Insbesondere an viel befahrenen Straßen in "günstigeren" Wohnlagen ist die
170 Belastung besonders hoch und damit sind oft vulnerablere Gruppen deutlich stärker
171 belastet. Die Reduktion gesundheitlich belastender Emissionen ist auch eine soziale
172 Frage.

173 Durch den Einsatz von immer mehr Kunstlicht werden die Städte weltweit heller, die für
174 Mensch und Natur unentbehrliche Dunkelheit der Nacht schwindet. Die
175 "Lichtverschmutzung" hat dabei nicht nur negative Folgen für Mensch und Tier, sondern
176 verbraucht auch viel Energie. Zur Eindämmung werden wir Straßenbeleuchtung
177 gezielter ausrichten, vermeidbare Lichtemissionen durch smarte Steuerung reduzieren

178 und auf nachhaltige Beleuchtungsarten umstellen.

179 Die gesundheitlichen Auswirkungen von Lärm und Luftschadstoffen auf den
180 menschlichen Organismus sind beträchtlich. Größte Quellen sind der Straßenverkehr
181 und bei Luftschadstoffen auch private Kamine. Die Fortschreibungen des
182 Lärmaktionsplans und des Luftreinhalteplans sind wichtige kommunale Instrumente,
183 um im Sinne der Gesundheit der verletzlichsten Mitglieder unserer Gesellschaft zu
184 handeln. Sie reichen aber nicht aus, um Lärm ausreichend zu vermeiden und eine gute
185 Luftqualität sicherzustellen und müssen deshalb von der Landes-, Bundes- und
186 europäischen Ebene unterstützt werden. Die Verkehrswende mit der Reduktion von
187 Höchstgeschwindigkeiten, dem Ausbau von Radwegen und Nahverkehr sowie der
188 Aufwertung von Fußwegen ist ein wichtiger Baustein.

189 Bus und Bahn: Gemeinsam mobil

190 Mobilität für alle - das ist der Grundsatz sozialdemokratischer Verkehrspolitik. Der
191 Umweltverbund, also der Fußverkehr, der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und
192 der Radverkehr sind diejenigen Verkehrsarten, deren Stärkung die SPD in den Fokus
193 nimmt.

194 Insbesondere der Fußverkehr als Basismobilität und der ÖPNV als barrierefreie und
195 inklusive Mobilitätsart spielen als (nahezu) emissionsfreie Mobilitätsarten eine
196 wesentliche Rolle bei der Dekarbonisierung des Verkehrssektors.

197 Hierfür ist der Ausbau des guten ÖPNV-Angebots zum Beispiel durch die Taktverdichtung
198 der Stadtbahnen, eine Busringlinie auf dem Cityring, die Verbindung der sternförmig
199 verlaufenden Stadtbahnlinien oder der Anschluss neuer Quartiere an den ÖPNV durch
200 andere Linienführungen sinnvoll. Dabei kann der Ausbau nur als Kooperationsprojekt
201 zwischen Stadt und Region funktionieren.

R 2 – Noteinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familien dürfen niemals schließen!

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Südstadt-Bult

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

1 Bereits im Dezember 2022 musste die Einrichtung bed by night für einige Zeit schließen,
2 die KSD-Dienststelle Misburg-Anderten schloss vom 01.01.2023 bis 30.06.2023, zuletzt
3 im Dezember 2023 wurde die Clearingstelle der Landeshauptstadt Hannover
4 geschlossen. Dies alles sind Einrichtungen, die spontan in Notsituationen aufgesucht
5 werden. Wenn die Einrichtungen nicht geöffnet haben und nur ein Schild mit einer
6 Telefonnummer vorgefunden wird, ist die Verzweiflung groß. Als Gründe für die
7 Schließungen wurden der Fachkräftemangel und auch ein hoher Krankenstand
8 angegeben.

9 Ein hoher Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe darf sich jedoch nicht auf
10 Kinder, Jugendliche und Familien in schlimmsten Notlagen auswirken! Es ist schlimm
11 genug, wenn Fachkräfte in Kitas, in den Hilfen zur Erziehung und in vielen anderen, sehr
12 wichtigen Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familien fehlen, in den
13 Noteinrichtungen darf sich der Fachkräftemangel jedoch nicht auswirken, denn Sie sind
14 sozusagen das letzte Element der Notfallkette.

15 Auch die Atmosphäre im kommunalen Sozialdienst der Landeshauptstadt Hannover
16 scheint aktuell und das schon seit mehreren Jahren nicht gut zu sein. Viele unbesetzte
17 Stellen, häufige Personalwechsel, Kündigungen nach kurzer Zeit sind Anzeichen hierfür.
18 Wir fragen uns, ob es die Landeshauptstadt so noch schafft, ihrer Aufgabe nach
19 Gewährleistung des Kinderschutzes, aber auch das Recht der Kinder, Jugendlichen und
20 auch Eltern auf Unterstützung in der Erziehung der Kinder nachzukommen. Da die
21 Mitarbeitenden des Kommunalen Sozialdienstes (KSD) als Fallverantwortliche die größte
22 Verantwortung für Familien mit Hilfebedarf haben, für sie passgenaue Hilfen
23 arrangieren und organisieren und die Effizienz und Passgenauigkeit der Hilfen im Blick
24 behalten, sind sie im Hilfeverlauf ganz wichtige Akteure. Sie können bei verzögertem
25 Start von Hilfen die Familien begleiten und unterstützen und somit Sicherheit geben.

26 Aus diesen Gründen fordern wir, dass Noteinrichtungen der Landeshauptstadt Hannover
27 für Kinder, Jugendliche und Familien niemals schließen dürfen! Sie stellen eine der
28 wichtigsten öffentlichen Ressourcen für Familien, insbesondere für Kinder und
29 Jugendliche in Not dar, die in höchst prekären Situationen verlässliche Strukturen und
30 hochqualifizierte Ansprechpartner:innen benötigen.

31 Außerdem fordern wir Oberbürgermeister Onay auf, dass alle Stellen im KSD

32 schnellstmöglich besetzt werden, vakante Stellen schnell nachbesetzt werden und die
33 Verweildauer der Mitarbeitenden an ihrem jeweiligen Dienstsitz erhöht wird!

34 Ebenso muss es Notfallpläne für extreme Personalmangelsituationen bspw. durch
35 Krankheiten geben. Ein Baustein könnte hierbei auch die Verbeamtung aller
36 Mitarbeitenden in den Einrichtungen (Clearingstelle, KSD, bed by night) sein, um in
37 Notsituationen ggf. Versetzungen zu veranlassen.

SOZIALES (S)

S 1 – Armut bekämpfen – Teilhabe fördern!

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung: Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD Hannover macht sich konsequent stark für die Bekämpfung von Armut,
2 insbesondere bei prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie Erwerbsarmut und für die
3 Förderung der Teilhabe von armutsgefährdeten Menschen, zu denen insbesondere
4 (alleinerziehende) Familien, Kinder, Menschen mit Behinderung, ausländische
5 Staatsangehörige und Senior:innen zählen.
- 6 Das heißt:
- 7 1. Die Bildung, Betreuung und Erziehung durch Kindertagesbetreuung und Schulen
8 sowie Angebote der außerschulischen Bildungs- und Lernorte im Sozialraum wie
9 Jugendzentren, Stadtbibliotheken, Stadtteilkulturzentren und Sportvereine sind als
10 wichtige Schlüsselorte zur Förderung von Teilhabechancen zu stärken.
 - 11 2. Kostenlose und ermäßigte Freizeit- und Kulturangebote wie im Hannoverschen
12 Kinderkulturprogramm, in Begegnungsstätten, Stadtteiltreffs und Seniorenbüros
13 über den HannoverAktivPass sind fortzuführen und auszubauen.
 - 14 3. Kostenfreie Mittagessen in der Kindertagesbetreuung und in der Ganztagschule
15 sind vorzusehen sowie die Wiedereinführung einer Lernmittelfreiheit an Schulen auf
16 Landesebene zu verfolgen.
 - 17 4. Die Beratungs- und Unterstützungssysteme für Familien, Senior:innen, Menschen
18 mit Zuwanderungsgeschichte und Menschen mit Behinderung wie Wohnberatung,
19 Kommunalen Sozialdienst und Familienberatung sind in den Quartieren zu
20 gewährleisten.
 - 21 5. Die zahlreichen Dienste im Alltag durch Ehrenamtliche wie u.a. Sprachkurse,
22 Vorlesepaten, Begleitung zu Ämtern, Hausaufgabenbetreuung, Arbeit in
23 Kleiderkammern und Tafeln sind als unverzichtbarer Teil der Sozialen Arbeit in den
24 Quartieren zu stärken und die Begleitung der Ehrenamtlichen durch Hauptberufliche
25 sicherzustellen.
 - 26 6. Aufgrund der unterschiedlichen Armutsquoten auf Stadtteilebene in Hannover ist
27 die Einführung einer bedarfsgerechten sozialindexbasierten kommunalen
28 Mittelzuweisung durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe sowie den Schulträger

29 für Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Grundschulen und
30 außerschulische Lernorte zu prüfen.

31 7. Um Erwerbsarmut in Deutschland zu bekämpfen, müssen die gewerkschaftlichen
32 Forderungen unterstützend prekäre Beschäftigungen eingedämmt, insbesondere
33 auch im Niedriglohnsektor Beschäftigungsverhältnisse durch Tarifverträge
34 abgesichert und in Weiterbildung investiert werden. Eine verlässliche
35 Kindertagesbetreuung ist Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Eltern,
36 insbesondere auch von Alleinerziehenden, oftmals Frauen.

37 8. Angesichts der gestiegenen Einkommens- und sehr hohen Vermögensungleichheit
38 drängt die Frage auf Bundesebene nach einer Verstärkung von sozialpolitischen
39 Umverteilungsmaßnahmen, wie die weitere Anhebung des Mindestlohns, die
40 Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer.

S 2 – Mehr Stellen für städtische Sozialarbeit

Antragsteller:in: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

1 Die SPD-Ratsfraktion setzt sich gegenüber der Verwaltung der Landeshauptstadt ein, die
2 Anzahl der städtischen Stellen für Sozialarbeiter:innen mindestens zu vervierfachen, die
3 sich koordiniert mit den in diesem Bereich aktiven Trägern auch aufsuchend darum
4 kümmern, obdachlose Menschen von der Straße zu holen, ihnen Wege in Wohnung,
5 Arbeit, ggf. Gesundheit und Therapieplätze aufzuzeigen und ihnen damit wieder
6 Perspektiven zu eröffnen.

S 3 – Keine Einsparungen in den Bereichen Soziales und Jugend

Antragsteller:in: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

1 Die SPD-Ratsfraktion möge insbesondere im Rahmen von Haushaltsbeschlüssen und
2 Beschlüssen zum Haushaltssicherungskonzept die besonders schützenswerten Bereiche
3 Soziales und Jugend verteidigen.

VERKEHR (V)

V 1 – Diversität und Akzeptanz sichtbar machen: Schaffung eines Regenbogen-Zebrastreifen

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Mitte

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover möge sich dafür einsetzen, einen
- 2 Regenbogen-Zebrastreifen zu schaffen.

V 2 – Vorrangschaltung für den ÖPNV sichern und optimieren

Antragsteller:in: SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK

Status: Beschlossen in der Fassung der AK

- 1 Die SPD-Ratsfraktion möge die Verwaltung der Landeshauptstadt nachhaltig auffordern,
- 2 die generelle Vorrangschaltung für den ÖPNV weiter zu verbessern und zu priorisieren.

INITIATIVANTRÄGE (INI)

Ini 1 – Ehrenmitgliedschaft für Ulrike Strauch

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Die SPD Hannover verleiht ihrer langjährigen Vorsitzenden Ulrike Strauch die
- 2 Ehrenmitgliedschaft. Als Ehreuvorsitzende nimmt sie mit beratender Stimme an den
- 3 Vorstandssitzungen und den Parteitagen des SPD-Stadtverbands Hannover teil. Als
- 4 Ehreuvorsitzende können der Genossin im gegenseitigen Einvernehmen repräsentative Pflichten
- 5 übertragen werden. Die SPD Hannover würdigt auf diese Weise das langjährige Engagement von
- 6 Ulrike Strauch für die Sozialdemokratie in der Landeshauptstadt.

Ini 2 – Dank und Anerkennung für unsere Retter:innen und Hilfsorganisationen gegen das Hochwasser in Niedersachsen

Antragsteller:in Vorstand des SPD-Stadtverbands Hannover

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Weite Teile Deutschlands, insbesondere Regionen des Landes Niedersachsen, sehen sich seit
- 2 vielen Wochen einer dramatischen Hochwasserlage ausgesetzt. Zahlreiche Rettungskräfte von
- 3 Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Polizei und Technischem Hilfswerk sowie zahlreiche Verbände
- 4 und Vereine – auch über Niedersachsen hinaus – unterstützen Bürger:innen bei der Bewältigung
- 5 dieser Naturkatastrophe. Die Hilfsorganisationen dämmen Wassermassen ein, schützen Leib und
- 6 Leben sowie Hab und Gut der Betroffenen und gewährleisten einen bestmöglichen technischen
- 7 Hochwasserschutz, um nach Möglichkeit Schlimmeres zu verhindern.
- 8 Die SPD Hannover würdigt diesen Einsatz mit allergrößtem Respekt und dankt allen Rettungs-
- 9 und Polizeikräften für diesen unermüdlichen Einsatz und die damit verbundene Solidarität und
- 10 praktische Mitmenschlichkeit. Ihr Einsatz ist nicht hoch genug einzuschätzen und hat den
- 11 allerhöchsten großen Dank sowie enorme Anerkennung in der Gesellschaft verdient.
- 12 Die SPD Hannover sichert den Hilfsorganisationen über ihre politische Arbeit in Vertretungen der
- 13 Landeshauptstadt ihre unverbrüchliche Unterstützung zu. Dazu fordert die SPD Hannover die
- 14 SPD-Ratsfraktion der Landeshauptstadt auf, eine fortwährende Unterstützung von (Freiwilligen)
- 15 Feuerwehren sowie insbesondere von Hilfsorganisationen sicherzustellen.

16 Die SPD-Ratsfraktion möge sich außerdem gegenüber der Verwaltung der Landeshauptstadt
17 einsetzen für eine rasche, unkomplizierte und direkte Unterstützung von (Sport-)Vereinen und
18 organisierten Initiativen der Zivilgesellschaft, deren Infrastruktur vom Hochwasser in
19 Mitleidenschaft gezogen worden ist. Dazu zählen insbesondere Sportstätten in Trägerschaft der
20 Landeshauptstadt, die es nach Einwirkung des Hochwassers in Stand zu setzen gilt.

Ini 3 – „aufhof“ - Fortsetzung eines Erfolgsmodells

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Linden-Limmer
Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover
Empfehlung der AK: Annahme in geänderter Fassung der AK
Status: Beschlossen in der Fassung der AK

1 Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag zur Weiterführung des „aufhof“ auszuarbeiten,
2 der sich als erfolgreiches Innenstadt-Projekt gezeigt hat. Der Vorschlag sollte so aussehen, dass
3 das Projekt in dem ehemaligen Kaufhof oder auch in einem anderen Leerstand funktionieren
4 könnte. Gleichzeitig sollte das Konzept weiterentwickelt werden, um einen niedrigschwelligen
5 Zugang für alle zu ermöglichen.

Ini 4 – Kulturelle Bildung stärken – trotz schwieriger Haushaltslage(n)

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel
Weiterleitung: SPD-Ratsfraktion Hannover, Stadtverbandsvorstand
Empfehlung der AK: Annahme
Status: Beschlossen

1 Die SPD in Hannover bekennt sich zum Ziel „Kulturelle Bildung für alle“ zu ermöglichen und
2 fordert die Fraktionen der SPD in Rat, Regionsversammlung und Landtag auf, sich trotz
3 angespannter Haushaltslagen insbesondere für den Erhalt und, wo möglich, dem Ausbau der
4 Angebote der kulturellen Bildung vor allem für Kinder aus Haushalten mit geringem Einkommen
5 einzusetzen.

6 Ein Schwerpunkt soll auf den Angeboten der Leseförderung, der musikalischen Bildung in den
7 öffentlichen Musikschulen und der Institutionen wie den Bibliotheken, dem Staatsschauspiel und
8 den Museen und deren kulturpädagogischen Angeboten für Kinder und Jugendliche liegen.

9 Konkret fordert die SPD in Hannover:

- 10 ▪ den Erhalt wohnortnaher Bibliotheksangebote in den Stadtteilen,
- 11 ▪ die Beibehaltung der sozialen Staffelung von Eintrittspreisen und Kursgebühren in

- 12 öffentlichen und öffentlich-geförderten Kultureinrichtungen,
13 ▪ keine Kürzungen bei Angeboten des Lesementorings und der Leseförderung vorzunehmen,
14 ▪ den Ausbau von musikpädagogischen Angeboten in Kooperation mit Kultureinrichtungen in
15 den Stadtteilen,
16 ▪ die Beibehaltung und den Ausbau möglichst niedrigschwelliger kulturpädagogischer
17 Angebote von Institutionen wie dem Staatsschauspiel oder den Museen.
18 ▪ die Beibehaltung kostenfreier Angebote wie des „Freien Freitags“.

Ini 5 – Sternmarsch für die Demokratie

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Vahrenwald-List

Weiterleitung: Stadtverbandsvorstand

Empfehlung der AK: Annahme

Status: Beschlossen

- 1 Der der Stadtverbandsvorstand wird beauftragt, kurz vor dem Europawahltermin einen
2 "Sternmarsch für die Demokratie" gemeinsam mit allen demokratischen Gruppen in Hannover,
3 z.B. Kirchen, Gewerkschaften, Kammern, Geschäftsleuten, Sportvereinen u.v.m zu organisieren,
4 bei dem sternförmig zu einem zentralen Versammlungsort gegangen und dort bei einer
5 Abschlusskundgebung für die Beteiligung und Unterstützung der demokratischen Parteien bei
6 den Europawahlen geworben wird.